

## **Initiativantrag: „Den Zockern endlich die Rote Karte zeigen!“**

Der Ordentliche Landesparteitag 2010 der SPD Niedersachsen möge beschließen:

Die Finanzmarktkrise und insbesondere die aktuellen Finanzmarkturbulenzen um Griechenland zeigen, dass sich Marktradikalismus und Deregulierung als volkswirtschaftliche Gestaltungsprinzipien endgültig diskreditiert haben und Politik das Primat über die Finanzmärkte erhalten muss. „Zudem zeigt die aktuelle Krise ein Muster, das nicht akzeptabel ist - die Gewinne haben wenige gemacht, die Verluste muss die Allgemeinheit tragen. Der vorherrschende Finanzkapitalismus kann kein Leitbild mehr sein.“ (Horst Köhler, Bundespräsident). Deshalb fordert die SPD Niedersachsen ein entschlossenes und integriertes Vorgehen:

### **I Gemeinsamer Währungsraum – koordinierte Wirtschafts-, Steuer- und Haushaltspolitik**

Eine gemeinsame Geldpolitik im Euroraum erfordert auch eine koordinierte Wirtschafts- und Steuerpolitik und keinen Flickenteppich. Fallen diese Politiken auseinander, kann das gemeinsame Währungsprojekt nicht langfristig erfolgreich sein. Wir brauchen eine europäische „Wirtschaftsregierung“ mit einer effektiven Koordinierung der Wirtschafts-, Steuer- und Haushaltspolitik, um das Auseinanderklaffen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verschuldungslagen im Euroraum zu verhindern. Dazu gehören z.B. auch die Verhinderung einer Abwärtsspirale bei Steuer- und Sozialabgaben und eine abgestimmte Körperschaftssteuer. Dies muss durch das Europäische Parlament demokratisch kontrolliert werden. Europaweit einheitlich geführte Statistiken und Kontrollmechanismen müssen in Zukunft garantieren, dass Zahlentricks wie im Falle Griechenlands künftig ausgeschlossen sind. Der Vorschlag der EU-Kommission einer ex-ante Koordinierung der nationalen Haushalte geht in die richtige Richtung, muss aber mit klaren politischen Schwerpunkten wie Bildung und Forschung verknüpft werden, sonst verkommt sie zum Spardiktat. Wer den Ausstieg aus der Schuldenkrise will, muss gemeinsames Wachsen lernen.

### **II Die Spekulation ausbremsen – nachhaltige Investitionen stützen**

In Zukunft dürfen Ratingagenturen keinen Freifahrtschein mehr bekommen. Stattdessen müssen sie sich europäischen Aufsichtsregeln unterstellen. Doppelgeschäfte (gleichzeitige Beratung eines Kunden und Bewertung seiner Produkte) sind nicht mehr möglich. Es muss ein Weg zum Aufbau einer europäischen Ratingagentur eingeschlagen werden.

Wir brauchen neue europäische Aufsichtsbehörden, die in Zukunft Banken, Versicherungen und den Wertpapierhandel in Europa überwachen. Grenzüberschreitende Finanzinstitute, die ein potenzielles Risiko für das gesamte Finanzsystem darstellen, sollten in Zukunft europäisch überwacht werden. Ein europäischer Risikorat muss frühzeitig vor Krisen warnen und nach dem Willen des EU-Parlaments falls nötig auch den Ernstfall ausrufen.

Für die 'Heuschrecken' in der Finanzmarktbranche müssen neue Zeiten anbrechen und strengere Transparenz- und Verhaltensregeln für die Manager von Hedge Fonds und Private Equity Gesellschaften festgelegt werden. Manager alternativer Investmentfonds müssen sich endlich einer Aufsicht unterstellen und zukünftig Informationen über sich und ihre Arbeit, u.a. über die Geschäftsmodelle, über die Investoren, über das Vergütungssystem an Aufsichtsbehörden und Beschäftigte geben. Ganz zentral ist, dass diese Regeln auch für nicht-europäische Manager gelten müssen. Jeder, der in der EU tätig sein und in Europa Geschäfte machen will, muss sich den EU-Regeln unterstellen, auch wenn er in den USA oder auf den Cayman-Islands zu Hause ist. Konkrete Vorschriften für die Kreditaufnahme (Hebelwirkung) sowie ein Verbot von rein spekulativen Kurswetten mit geliehenen Aktien (Leerverkäufe) müssen in der EU durchgesetzt werden. Private Equity Gesellschaften dürfen nicht mehr jede kreditfinanzierte Unternehmensübernahme durchführen können und das Unternehmen belasten. Regeln und Verantwortung für das langfristige Unternehmenswohl eines übernommenen Unternehmens müssen gelten.

### **III Finanztransaktionssteuer einführen**

Die Besteuerung von Devisen- und Börsengeschäften ist sinnvoll und notwendig. Wir brauchen sie, um einerseits spekulativen Geschäfte unattraktiver zu machen. Andererseits brauchen wir die Einnahmen dringend, um die staatlichen Zukunftsaufgaben angesichts der Krise wie Bildung, Forschung und sozialen Zusammenhalt zu finanzieren. Eine Finanztransaktionssteuer zieht die, die viel und oft Spekulieren zur Finanzierung staatlicher Aufgaben heran. Das ist mehr als überfällig und schont gleichzeitig langfristige Anlagen. Eine Bankenabgabe greift viel zu kurz und teilt die Belastungen ungerecht auf. Deswegen sind alle gesellschaftlichen Kräfte aufgerufen, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu unterstützen, insbesondere durch ein europäisches Bürgerbegehren. Wenn ein Bürgerbegehren europaweit eine Millionen Unterschriften sammelt, dann muss die EU-Kommission entsprechend handeln und einen Gesetzgebungsvorschlag machen.

### **IV Europäischer Abwehrfonds im demokratischen Anzug**

Die europäischen Sozialdemokraten hatten seit Beginn der Schuldenkrise ein 'Europäisches System für Finanzstabilität' gefordert, damit sich alle Mitgliedstaaten zu fairen Konditionen refinanzieren können und nicht von spekulativen Maßnahmen abhängig sind. Endlich werden nun konkrete Schritte bei der Verteidigung der Eurozone unternommen. Vertragliche Grundlage ist Artikel 122 des EU-Vertrags. Er erlaubt es der EU, Mitgliedstaaten, die auf Grund von "außergewöhnlichen Ereignissen" in Schwierigkeiten geraten sind, mit Krediten zu unterstützen. Schulden eines Landes bleiben dessen Schulden. Das Hilfspaket kommt leider viel zu spät. Ein vergleichbares System existiert bereits lange für EU-Staaten außerhalb der Eurozone. Dabei könnten die EU-Mitgliedstaaten die Kommission ermächtigen, in Notsituationen spezielle Kreditlinien aufzulegen. Aber die Art und Weise der Entstehung des Abwehrfonds muss nun eine Lehre für die Zukunft sein. Bei der Ausgestaltung des Abwehrfonds müssen die zuständigen Parlamente rechtzeitige und umfassende Gestaltungsmöglichkeit behalten.

### **V Daseinsvorsorge stärken**

Marktradikale haben häufig die deutschen Sparkassen und Volksbanken angegriffen. Sie wollten mit Hilfe des EU-Wettbewerbsrechts dieses Rückgrat des Mittelstandes brechen. Die Sparkassen und Volksbanken sind – im Gegensatz zu den Zocker-Fonds und Investmentbanken – aber tatsächlich noch Banken. Sie organisieren Kredite vor Ort, schaffen und erhalten so Arbeitsplätze und ermöglichen Investitionen. Wir müssen den Erhalt und bessere Gestaltungsmöglichkeiten der öffentlich verantworteten Daseinsvorsorge auf allen Ebenen garantieren. Die EU-Kommission entscheidet oder klagt beim EUGH immer im Einzelfall. Hier muss es durch eine europäische Rahmenrichtlinie Rechtssicherheit geben.

### **Für eine neue Finanzmarktarchitektur in Europa**

Nur so können die Angriffe auf die EURO-Zone abgewehrt werden und die Stabilität des EURO weiter gesichert werden. Wir müssen die EU weiterentwickeln, Spaltungen abwehren und nationalem Chauvinismus deutlich entgegenreten. Die SPD fordert die Landesregierung in Niedersachsen auf, in diesen fünf vordringlichen Bereichen endlich aktiv zu handeln und mit dazu beizutragen, das die Zögerlichkeit in der Bundesregierung überwunden wird. Dazu muss Niedersachsen Vorstöße im Bundesrat entwickeln und Druck auf die Bundesregierung entfalten, damit diese im Ministerrat die Positionen des Europäischen Parlaments unterstützt. Auf diesem Weg ist eine dringend notwendige und neue Finanzmarktarchitektur mit tragfähigen Regeln in Europa durch- und umsetzbar.

Hannover, 25. Mai 2010

Bernd Lange  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Der Initiativantrag wurde auf dem Ordentlichen Landesparteitag 2010 der SPD Niedersachsen am 29. Mai in Stade einstimmig angenommen.